

# Was ist der Staat?



von Dr. Hannes Androsch

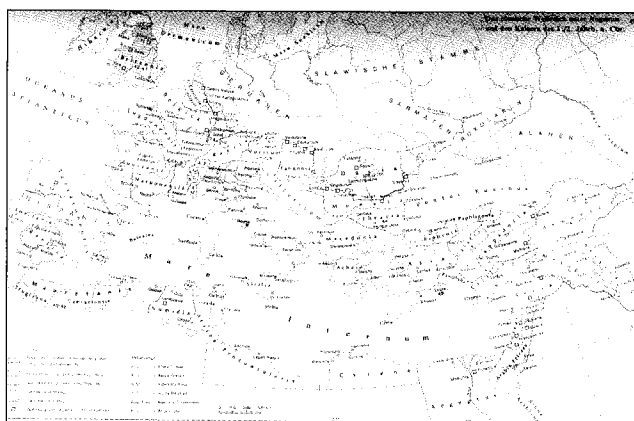
Der Staat, eine der herausragenden zivilisatorischen Leistungen der Menschheit, ist eine besondere Form eines politischen Gebildes und sozialen Gemeinwesens. Seine Wurzeln gehen auf die Sesshaftwerdung der Menschen zurück, als die Menschen begannen, Viehzucht und Ackerbau zu betreiben (neolithische Revolution). Damit war auch ein vermehrtes Sicherheitsbedürfnis verbunden. Dieses führte zu befestigten Siedlungen und den frühen Stadtbauten, die zu den Zentren des wirtschaftlichen Lebens und der entstehenden Märkte wurden.

Die Entwicklung der Staaten, das Selbstverständnis und ihrer Aufgabenstellung, ihre legitimatorische Begründung spiegelt die Welt im Zeitenlauf. Die Ausformung der staatlichen Gebilde verlief allerdings in der Geschichte nach keinen Mustern und Gesetzmäßigkeiten. Zwar haben sich die großen Reiche und Hochkulturen in der Regel unter dem formenden Einfluß von Monarchen und Dynastien gebildet. Aber es gab auch Ausnahmen, wie die griechischen Stadtstaaten der Antike mit Athen als erste Demokratie der Welt. In Europa begründete Karl

der Große nach dem Untergang des römischen Imperiums ein neues Großreich. Dieses löste sich aufgrund der Erbteilung sowie von Verwaltungs- und Verkehrsproblemen schnell wieder auf. Seine Legitimationsgrundlage übertrug sich aber auf die Nachfolgestaaten. Die Idee der römischen Weltherrschaft, des Imperiums, der monarchia universalis fand sich in Spanien

auf wohnten, nicht aber über Territorien und Nationen ausgeübt. Die ethnische Herkunft war im Mittelalter bedeutungslos. Was zählte, war die Religion und der Stand.

Im mittelalterlichen Europa konnte vom Staat in unserem heutigen Verständnis noch keine Rede sein. Zu dessen Mitte, im 13. Jahrhundert, gab es nur in vagen



Römisches Weltreich

ebenso wie in Frankreich, in England oder im Heiligen Römischen Reich. Das Heilige Römische Reich, eine Art erste europäische Staatengemeinschaft von mehr als 300 Territorialstaaten und Freien Städten, blieb aber ein Gebilde ohne eigene Staatlichkeit, Organisation und Macht.

Die mittelalterlichen Vorläufer des modernen Staates waren nicht durch geographische Grenzen, sondern durch den Lehenseid bestimmt, eine Tradition aus der Zeit von Karl dem Großen. Der Lehenseid verband den König mit seinen Vasallen, die ihm im Krieg zu folgen hatten und dafür mit Land belehnt wurden. Dieser Personenverband endete mit dem Tod des Lehensgebers. Herrschaft wurde im Mittelalter über Personenverbände sowie über den Boden und jene, die dar-

ansätzen erkennbare Vorläufer der heutigen Staaten. Deutschland existierte als staatliches Gebilde überhaupt nicht, Italien zerfiel in zahlreiche Herrschaften, die meist über die Stadtmauern kaum hinausreichten und von einem Territorium namens Preußen konnte noch lange nicht die Rede sein. Selbst das Königreich England hat kaum etwas zu tun mit dem späteren Großbritannien. Von den 44 europäischen Staaten von heute waren 26 erst im 20. Jahrhundert und 7 im 19. Jahrhundert zu souveränen Einheiten geworden (Hagen Schulze).

Der Begriff "Staat" (il stato) geht auf Machiavelli zurück. Die Terminologie herrschaftlicher politischer Markt wurde bis dahin mit Begriffen umschrieben wie "Herrschaft" (dominus), "Königreich" (regnum), "Fürsten-

tum" (principatus), oder "Landschaft" (terra, territorium), was zugleich Personenverband und rechtlich zusammengehöriges Gebiet hieß. Machiavelli bewogen die unsicheren Verhältnisse in den italienischen Stadtstaaten und eigene Erfahrungen, den Staat als Selbstzweck der Macht neu zu denken. Ziel des Staates war für ihn alleine der Erwerb und die Erhaltung von politischer Macht. Die Staatsräson hatte anderen Gesetzen als denen der Religion oder der persönlichen Moral zu folgen. Machiavelli verfocht die Idee eines starken, vereinten italienischen Staates. Diese Zielsetzung hat sich nicht erfüllt. Die italienischen Stadtrepubliken wurden vielmehr von mächtigen Adelsfamilien in Fürstentümer umgewandelt. Machiavelli selbst war ungeachtet seiner Bewunderung für Machtmenschen Anhänger der republikanischen Staatsform, "denn das Verlangen des Volkes ist berechtigter als das Verlangen der Großen, da diese auf Bedrückung ausgehen, das Volk aber nur auf Schutz vor Bedrückung."

Der erste vormoderne Staat, der sich in Europa auf Dauer ausbildete, war Frankreich. Die 987 begründete Dynastie der Capetinger verfügte zunächst nur über ein unbedeutendes Kronland, die Ile de France. Sie förderten aber die Entwicklung von Paris zu einem Zentrum des Handels und zur bedeutendsten Universitätsstadt des Mittelalters. Darüber hinaus erweiterten sie ab dem 12. Jahrhundert systematisch ihr Kronland. Bei Tod der Vasallen behielt die Krone das Lehen für sich. Die Verwaltung der Ländereien wurde in die Hände einer eigenen treu ergebenen Beamtschaft gelegt. Das

„Was ist der Staat?“ Fortsetzung

französische Königtum galt bis zur Französischen Revolution in ganz Europa als Maßstab für staatliche Machtkonzentration.

Das Zeitalter des Absolutismus wurde in Europa mit dem Westfälischen Frieden eingeleitet. Die Monarchie als Inbegriff umfassender Souveränität und Unabhängigkeit wurde im Verständnis des englischen Philosophen Thomas Hobbes zum "Leviathan", dem urzeitlichen Drachen aus dem Alten Testament. Für Hobbes hatten der dem Westfälischen Frieden vorangegangene religiös motivierte Bürgerkrieg zwischen Fürsten und Ständen seine Ursache darin, dass der Mensch dem Menschen ein Wolf ist. Zum Zweck des Friedens, folgerte Hobbes, müssten die Menschen daher miteinander einen Vertrag abschließen, in dem sie auf ihr natürliches Recht, einander zu töten, verzichten, und dieses Recht auf den Staat übertragen. Dieser vereint damit die gesamte Macht der Vertragspartner in sich. Der Staat als künstlicher Übermensch erhält dann als einziger die Wolfsmacht des Urzustandes bei. Er alleine entscheidet über Krieg und Frieden, Tod und Leben.

Das absolutistische Staatsmodell hielt dem Fortgang der Zeit nicht stand. Das Rüstzeug für den modernen Staat erwuchs vielmehr aus dem in England entwickelten politischen System von checks and balances, der Philosophie der Aufklärung, der politischen Lehre von Montesquieu und John Locke und dem von Jean Jacques Rousseau begründeten neuen Gesellschaftsvertrag. In seinem contrat social, der den Bürgern eines Staates Freiheit, Gleichheit und das Recht zur Selbst-

bestimmung zugesteht, hat Rousseau die von Hobbes entwickelte Theorie vom Herrschaftsvertrag einfach umgedreht. Der absolutistische Staat wurde für obsolet erklärt. Der neu zu schließende Gesellschaftsvertrag beruht nunmehr darauf, dass jeder Einzelne seine Rechte freiwillig an die Gemeinschaft abgibt, woraus Rousseau den die voluté générale, den auf das Gemeinwohl abzielenden Gemeinwillen ableitet. Wahrer Souverän des Staates ist das Volk.

Dieses neue politische Selbstverständnis fand 1776 Eingang in Verfassung der USA, war einer der auslösenden Faktoren der Französischen Revolution 1789 und begründete den moder-



Österreich 1815-1920

nen parlamentarischen Verfassungsstaat und die Demokratiebewegung. (Wie ungebrochen aktuell Demokratie als gesellschaftliches Leitprinzip geblieben ist, belegt die in der katholischen Kirche Österreichs vor wenigen Jahren eingeführte Wahl der Pfarrgemeinderäte.)

Im 19. und 20. Jahrhundert wurde die europäische Staatenwelt infolge nationalistischer Ideen neu aufgemischt. Diese sind nicht nur auf dem Balkan nach dem Zerfall der Sowjetunion und

dem daraus entstandenen Machtvakuum in Form der Rückkehr der Geschichte zu einer neuerlichen Bedrohung geworden, ebenso der religiöse Fanatismus seit dem 11. September 2001.

Die schrecklichen Erfahrungen der beiden Weltkriege waren die Ausgangsüberlegungen für das zukunftsweisende politische Programm der europäischen Integration. Diese nahm 1951 mit der Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl ihren Ausgang. Der legendäre Satz von Jean Monnet "Wer nicht mehr frei über Energie und Stahl verfügt, kann keinen Krieg mehr erklären" belegt die Intention des europäischen Gedankens als ein Projekt der ökonomischen

Friedenssicherung. Heute beruht die europäische Identität zunehmend auch auf der gemeinsamen kulturellen Entwicklung und seit 1.1.2002 der gemeinsamen Währung. Europa wird sich aber nur dann auch zu einem ernstzunehmenden politischen und ökonomischen Machtfaktor im Innen- und Außenverhältnis entwickeln können, wenn es seine Einheit aus der Vielfalt bezieht.

Der europäischen Integrationsbewegung liegt ebenso wie der zunehmenden glo-



Napoleon vor Moskau

balen Verflechtung durch super- und supranationale Einrichtungen und Institutionen auch die Tatsache zugrunde, dass die einzelnen Staaten für die kleinen Aufgaben längst zu groß und für die großen Aufgaben längst zu klein geworden sind (Daniel Bell). Eine sinnvolle Erfüllung der jeweiligen Aufgabenstellungen kann in diesem neuen Ordnungsrahmen sinnvollerweise nur über das Subsidiaritätsprinzip erreicht werden, um Entfremdung, Ineffizienz, Bürokratismus und Verkrustungen zu vermeiden. Aus diesen Gründen muss das Prinzip der Subsidiarität zunehmend auch im Verhältnis der Bürger zum Staat zum Selbstverständnis werden, gemäß dem Motto "Soviel Markt und Staat wie notwendig, so viel Eigenverantwortung und Eigeninitiative wie möglich". Nur auf diesem Weg wird im Umfeld der neuen Herausforderungen eine moderne, der Solidarität und dem Gemeinwohl verpflichtete dynamische Zivilgesellschaft als Träger des parlamentarischen Verfassungsstaates des 21. Jahrhunderts entstehen können.

Dr. Hannes Androsch,  
Finanzminister und Vizekanzler a.D., ist Industrieller und Vorsitzender des Aufsichtsrates der Österreichischen Salinen AG